

Antrag Nr. 17-F-08-0041
L&P

Betreff:

Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetz
- Antrag der Fraktion L&P vom 21.06.2017 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert die Hessische Landesregierung auf, eine Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes herbeizuführen, bei der die Pauschalen für die Kinderbetreuung vereinfacht und erhöht werden. Gleichzeitig sollen die Elternbeiträge abgeschafft und den Kommunen der Einnahmeausfall ersetzt werden. Ziel ist die vollständige Finanzierung der Kindertagesbetreuung durch das Land bis 2020. Das stärkere finanzielle Engagement durch das Land darf nicht zu einer Kürzung der kommunalen Anteile im Finanzausgleich führen.

Wiesbaden, 21.06.2017

gez. Hartmut Bohrer
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Gunther Praml
Fraktionsmitarbeiter